Interview

Jannes Bergmann/Paul Fröhlich

Interview mit Dr. Franziska Davies

II. Teil: Krieg in der Ukraine – Historische Vorbedingungen

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert inzwischen mehr als drei Wochen an und der weitere Fortgang und das Ende sind nach wie vor unbestimmt. Gewiss kann es angesichts der Quellenlage nicht Aufgabe der Militärgeschichte sein, sich dem Krieg als historischem Objekt zu nähern und exemplarisch das operative Geschehen zu analysieren. Aber dennoch ist es möglich, diese schon jetzt klare Zäsur in der europäischen Geschichte vor dem Hintergrund historischer (Dis-)Kontinuitäten zu betrachten und damit auch Ausblicke auf potentielle Entwicklungen zu gewähren. Hierzu befragen wir im zweiten Teil der Themenreihe „Krieg in der Ukraine“ Dr. Franziska Davies (@efdavies) vom Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der LMU München. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehört die moderne Geschichte Russlands, der Ukraine und Polens. In ihrem gemeinsam mit Katja Makhotina verfassten und demnächst erscheinenden Buch „Offene Wunden Osteuropas“ setzt sie sich mit der deutschen Erinnerungskultur zum Vernichtungskrieg im östlichen Europa auseinander – also die perfekte Gesprächspartnerin, um die historischen Vorbedingungen des Krieges näher zu beleuchten.

Liebe Frau Davies, Sie beschäftigen sich schon seit dem Beginn Ihres Studiums mit osteuropäischer Geschichte und waren als Gastwissenschaftlerin in Warschau, Moskau und St. Petersburg. Wie überrascht waren Sie von dem Beginn des Angriffskrieges am 24. Februar?

Mir war klar, dass dies eine Möglichkeit war. Mit einem Angriff habe ich gerechnet, dass er so umfassend sein würde, hat mich dann doch sehr erschreckt. Mit der Beschießung von westukrainischen Städten habe ich z.B. nicht gerechnet und auch nicht mit dem massiven Angriff auf Kyiv. Dass Putin grundsätzlich zu so etwas fähig ist, daran hatte ich keinen Zweifel, schließlich hat er Ähnliches bereits mehrfach getan, in Tschetschenien und in Syrien. Dass er die Ukraine verachtet und sie zugleich als Teil Russlands begreift, war auch klar. Aber ich hatte gehofft, dass das politische Risiko für ihn persönlich, das mit einem Totalangriff auf einen Nachbarstaat der Europäischen Union einhergeht, ihn von diesem abhält. Aber offenbar geht er davon aus, dass er seine imperiale Vision eines Großrusslands mit radikaler Gewalt umsetzen kann und hat ein System geschaffen, das es ihm erlaubt, in seiner eigenen Wirklichkeit zu leben. Das ist vermutlich auch der Grund, warum er sowohl den Zustand der eigenen Armee als auch die Widerstandsbereitschaft und -fähigkeit der Ukrainer:innen völlig falsch eingeschätzt hat.

Putin spricht der Ukraine ihre staatliche Eigenständigkeit ab und behauptet das Land wäre ein in der Sowjetunion unter russischer Führung geschaffener Staat. Dabei liegen die Ursprünge des ukrainischen Nationalismus viel weiter zurück und für dessen Entwicklung spielten gerade auch Kriege immer wieder eine wichtige Rolle. Wo genau liegen die Anfänge des ukrainischen Staates und wie hat Russland in der Vergangenheit auf nationale Bestrebungen in der Ukraine reagiert?

Zu dieser Frage vorab: Was Putin über ukrainische Geschichte zu sagen hat, ist natürlich falsch. Es besteht aber auch eine gewisse Gefahr darin, sich überhaupt auf sein Spiel einzulassen, dass die Souveränität eines Staates von seiner Geschichte abhängt. Aus gutem Grund ist das durch das Völkerrecht geregelt und nicht durch die Interpretation der Vergangenheit. Tatsächlich aber fallen die Ursprünge eines modernen ukrainischen Staates in den Zeitraum von 1917 bis 1921. Mit dem Zerfall der beiden osteuropäischen Imperien der Habsburger und der Romanovs im Zuge des Ersten Weltkrieges schien es erstmals möglich, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu verwirklichen. Von der Oktoberrevolution 1917 bis zur Gründung der Sowjetunion war die heutige Ukraine dann Schauplatz vielerlei Kriege, wobei die Grenzen zwischen Staatsgründungskriegen, Revolutionskriegen und imperialen Expansionskriegen ineinander übergingen. Hier zeigt sich, dass der Erste Weltkrieg in Osteuropa 1918 nicht vorbei war. Im vormaligen Ostgalizien, mit Lwiw als Zentrum, wurde 1918 die Westukrainische Volksrepublik ausgerufen. Dieses Territorium beanspruchte aber auch der wiedergegründete polnische Staat für sich und er ging aus dem folgenden polnisch-ukrainischen Krieg letztlich siegreich hervor. In der Zentral- und Ostukraine waren die Fronten noch unübersichtlicher. Nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki erklärte sich die Ukraine 1917 als Ukrainische Volksrepublik unabhängig, aber die Bolschewiki akzeptierten das nicht. Trotz der Abgrenzung von ihren zaristischen Vorgängern und ihrem vermeintlichen Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker waren den neuen Machthabern großrussische imperiale Ansprüche keineswegs fremd. Auch Deutschland versuchte 1918 kurzzeitig einen ukrainischen Marionettenstaat zu errichten. Zugleich gab es aber auch Versuche von ukrainischen Anführern, eine unabhängige Ukraine zu errichten, etwa durch Symon Petljura, der sich für kurze Zeit als Präsident etablieren konnte. Verkürzt kann man sagen, dass die Staatsgründungsversuche an der Roten Armee und der polnischen Armee

scheiterten. Aber anders als es Putin suggeriert, kamen diese Staatsgründungsversuche natürlich nicht aus dem Nichts. Auch wenn die Sowjetunion für die Definition der Grenzen der Ukraine (aber eben auch Russlands) eine wichtige Rolle spielte, so war das trotzdem eine Reaktion auf die unübersehbare Stärke des ukrainischen Nationalismus. Der wiederum hatte seine Ursprünge im frühen 19. Jahrhundert und damit ist die Ukraine Regel- und nicht Sonderfall der europäischen Geschichte. Für die ukrainische Nationalbewegung war außerdem das kosakische Hetmanat in der Zentralukraine in der Frühen Neuzeit ein wichtiger Bezugspunkt, weil man damit einen proto-staatlichen Verband hatte, der als Vorläufer ukrainischer Staatlichkeit interpretiert werden konnte. Der Kosaken-Mythos ist bis heute sehr wichtig.

Was die russischen Reaktionen auf ukrainische nationale Ideen angeht, so gibt es hier frappierende Kontinuitäten. Zunächst einmal hat das Einheitsparadigma, wonach Russ:innen und Ukrainer:innen ein Volk seien, auch eine Geschichte. Seinen Ursprung hat es in der Regierungszeit des konservativen Zaren Nikolaus I., der mit der Formel von „Autokratie, Orthodoxie und *Narodnost'* (so etwas wie „Volkstümlichkeit")" versuchte, eine großrussische Identität zu stärken. Auf ukrainische Artikulationen von Eigenständigkeit – auch wenn diese sich auf Sprache, Geschichte und Kultur bezogen und nicht auf einen eigenen Staat – reagierte das russische Reich mit großer Ablehnung und Repressionen, besonders etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts. Aus seiner Sicht waren „Kleinrussen" (Ukrainer) nur als regionale Variante der eigenen Nation akzeptabel, wobei das oft einherging mit einem abfälligen Blick. Das ukrainische nationale Projekt wurde als Bedrohung Russlands gesehen und das sowohl in Bezug auf das Imperium als auch auf Entwürfe einer russischen Nation. Es ist für Russland bis heute nicht klar, wo die russische Nation endet, Imperium und Nation sind untrennbar miteinander verbunden und nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie in der Beziehung zur Ukraine. Ein eindrückliches Beispiel für die anti-ukrainische Politik des Zarenreiches sind die Dekrete von Innenminister Pjotr Valuev im Jahr 1863. Mit diesen wurden viele Publikationen in ukrainischer Sprache verboten, aber zugleich hieß es „eine kleinrussische (d.h. ukrainische) Sprache gab es nicht, gibt es nicht und wird es nicht geben". Er leugnete also die Existenz des Ukrainischen, verbot aber zugleich dessen schriftlichen Gebrauch. Dieses Paradox sehen wir bis heute in der russischen Propaganda: Einerseits gibt es die Ukraine angeblich nicht, zugleich sind Ukrainer:innen „Faschisten" und „Banditen". Im Unterschied zum Zarenreich erkannte die Sowjetunion die Existenz einer ukrainischen Nationalität explizit an und gründete die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik. In den 1920er Jahren sehen wir dann in der ganzen Sowjetunion eine Nationalitätenpolitik, die nationale Sprachen und Institutionen förderte. Die Idee war, dadurch Moskau loyale Kader zu schaffen – „National in der Form, sozialistisch im Inhalt" war die Formel. In den 1930er Jahren unter Stalin kam es dann aber zur Reaktivierung des russischen Nationalismus. Dass Russland an der Spitze der inoffiziellen Hierarchie der sowjetischen Republiken stand, war von nun an klar. In den 1930er Jahren sehen wir dann eine Terrorpolitik gegen vermeintliche anti-sowjetische Nationalisten: in der Ukraine, aber auch in Belarus und anderen Regionen. In gewisser Weise vereinen sich in Putins Politik die schlimmsten Traditionen des Zarenreiches und der Sowjetunion: der imperial-chauvinistische Blick auf die Ukraine mit der Bereitschaft zur brachialen Gewalt.

Auf Revolution und Gegenrevolution nach dem Ersten Weltkrieg, auf den Holodomor und die „bloodlands" in den Dreißiger- und Vierzigerjahren, die Millionen Menschen das Leben kosteten, folgte für die Ukraine als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eine jahrzehntelang währende Phase vermeintlicher Stabilität. Was waren die Hauptgründe für die Unabhängigkeitsbestrebungen, die 1991 zur Souveränität führten?
Besonders in der Westukraine war die Identifikation mit der Sowjetunion nicht sehr stark ausgeprägt. Die Kämpfe der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) gegen die Sowjets gingen bis in die 1950er Jahre weiter, erst dann gelang es der Sowjetunion die Region mit Gewalt zu „pazifizieren". Für die Unabhängigkeit gab es vor allem zwei Gründe: Vor allem sowjetisch-ukrainische Dissident:innen sahen das asymmetrische Machtverhältnis zwischen der Ukraine und Russland sehr deutlich und artikulierten dies auch, besonders im „Tauwetter" in den 1960er Jahren. Die Abgrenzung zu Russland blieb auch unter den Bedingungen der Diktatur erhalten. Insofern waren die Forderungen nach Unabhängigkeit von Moskau, die nicht nur von den Eliten artikuliert wurden, in der späten Sowjetunion auch Ergebnis eines eigenen ukrainischen kulturellen Gedächtnisses. Auch im vermeintlich sowjettreuen Donbas gab es ab 1989 einen von Industriearbeitern getragenen massiven Widerstand gegen das Moskauer Zentrum, der schließlich auch bei ihnen zur Forderung nach Unabhängigkeit führte. Das Besondere an der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung im August 1991 war dann, dass es hier erstmals auch Kommunisten waren, die die Unabhängigkeit unterstützten. Das hatte auch damit zu tun, dass Moskau den ukrainischen Parteiapparat etwa seit Beginn der 1980er Jahre vernachlässigt hatte. Denn nach den russischen waren die Funktionäre der Sowjetukraine die einflussreichsten gewesen, sie konnten in Moskau Karriere machen trotz der kulturellen und sprachlichen Marginalisierung der Ukrainer:innen. Ende 1991 bestätigte dann die ukrainische Bevölkerung in einem Referendum den Wunsch nach Unabhängigkeit. Die Mehrheiten zeigten aber auch starke regionale Unterschiede: Im Westen war die Zustimmung ausgesprochen hoch, am niedrigsten dagegen auf der Krim, wo sie knapp über 50 Prozent lag. Auch die Hoffnung von vielen, dass die Unabhängigkeit eine neue Phase der ökonomischen Verbesserungen einleiten würde, erfüllte sich nicht. Zugleich muss man sagen, dass die Politiker:innen (oft zugleich Oligarch:innen) in Kyiv sich nicht darum verdient machten, gerade die Krim und den Donbas besser zu integrieren. Das ist ein Grund, warum es dort in unterschiedlichem Maße Zustimmung zu Russlands Einmarsch 2014 gegeben hat. Die Eskalation hin zum Krieg im Donbas ist aber ganz erheblich auf das russische Eingreifen zurückzuführen.

In den Medien und politischen Reden wird immer wieder das Bild einer „gespaltenen" Ukraine mit einem eher nationalistischen, westlich orientierten Westen und einem eher Russland zugewandten Osten bemüht. Wie realitätsnah ist dieses Bild und hat der Krieg hier vielleicht zu einem stärkeren gesamtukrainischen Gemeinschaftsgefühl geführt?
Dieses sehr schematische und unterkomplexe Ost-West-Modell begleitet die Ukraine seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991. Es ist natürlich richtig, dass es große Unterschiede innerhalb des Landes gibt, aber das Ost-West-Modell greift viel zu kurz. Präziser wäre es, von starken regionalen Identitäten zu sprechen, die aber eine gleichzeitige Identifizierung mit der Gesamtukraine nicht ausschließen. Und schließlich darf man auch die konsolidierende Wirkung der Unabhängigkeit nicht unterschätzen. Immer mehr

Menschen haben die Sowjetunion gar nicht mehr bewusst miterlebt. Besonders 2013/14 war ich sehr frustriert darüber, wie oft man dieses Ost-West-Schema in Deutschland gehört hat – oft übrigens vorgetragen von Leuten, die sich vorher noch nie mit der Ukraine beschäftig hatten, nun aber zu wissen glaubten, dass das Land unüberwindbar gespalten sei. Denn dabei wurde ein ganz entscheidender Aspekt der „Revolution der Würde" übersehen: Auf dem Majdan artikulierte sich in aller Deutlichkeit eine neue Vision der Ukraine als einer Staatsbürgernation, die sich über ein gemeinsames Bekenntnis zu Freiheit, Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit definiert – unabhängig von Sprache und regionaler Herkunft. Daran konnten auch die radikalen Nationalisten, die es auf dem Majdan auch gab, nichts ändern. Diese Vision wurde nicht von allen Landesteilen gleich stark mitgetragen, in den östlichen und südöstlichen Regionen war sie schwächer ausgeprägt als in der Zentral- und Westukraine, aber auch dort gab es besonders unter den jungen Menschen Majdan-Anhänger:innen. Es handelte sich damit auch um eine Emanzipationsleistung der ukrainischen Bevölkerung, deren Politiker:innen oft versucht hatten, durch das Schüren erinnerungskultureller Gegensätze die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Das Ausland hielt also noch an dem liebgewonnen Ost-West-Schema fest, als sich die Ukraine gerade in einem fundamentalen Wandel befand. Dann hat Putin mit seinem ersten Angriff auf die Ukraine auf der Krim und im Donbas 2014 entscheidend dazu beigetragen, dass viele derjenigen, die den Vorgängen auf dem Majdan bisher skeptisch gegenübergestanden hatten, sich nun viel stärker mit der Gesamtukraine identifizierten und sich von Russland abwandten. Erst jetzt bildeten sich eindeutige Mehrheiten für einen EU- und NATO-Beitritt. Durch seinen Totalangriff hat Putin nun auch die letzten Sympathien für Russland in den östlichen und zentralen Regionen weggebombt. Die Ukraine ist geeint wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Das hat Putin nicht verstanden, weil er tatsächlich davon überzeugt ist, dass Ukrainer:innen minderwertig und nicht staatsfähig sind. Und weil er nicht an Gesellschaften als Akteure glaubt. Aus westlicher Perspektive finde ich es erschütternd, dass viele die Ukraine erst jetzt als „echte" Nation ansehen, wo Ukrainer:innen massenhaft für ihr Land sterben oder es verlassen müssen. Das ist ein solches Armutszeugnis.

Die Heroisierung von Stepan Bandera und der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) bzw. der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) ist nicht nur im Ausland stark umstritten. Auch in der Ukraine selbst hat es zuletzt Initiativen um eine differenziertere Betrachtungsweise gegeben. Was ist der Grund für die große Popularität Banderas trotz des Wissens um seine Rolle im Zweiten Weltkrieg und wer sind hier die wichtigsten Diskursakteure?

Radikale ukrainische Nationalist:innen und Neo-Nazisten, besonders in der Westukraine, verehren ihn, weil sie tatsächlich seine Vision einer ethnisch homogenen ukrainischen Nation teilen, die sich besonders gegen Jüdinnen und Juden und gegen Russland richtet. Diese Tradition eines radikalen ukrainischen Nationalismus gibt es durchaus noch. Das ist aber eine Minderheit – auch in der Westukraine. Es ist immer noch sehr verbreitet in der populären Erinnerungskultur, die Verbrechen der OUN und der UPA an der polnischen und jüdischen Bevölkerung einfach auszublenden, man sieht sie nur als antisowjetische Freiheitskämpfer:innen. Das ist für jüdische Ukrainer:innen und für den polnischen Nachbarn natürlich ein Schlag ins Gesicht und völlig inakzeptabel. In westukrainischen

Städten überall die Denkmäler für Menschen zu sehen, die sich an der deutschen Politik der Ausrottung beteiligten, ist schon sehr deprimierend. Gleichzeitig waren es aber auch gerade ukrainische Wissenschaftler:innen, die sich um die Erforschung des Holocaust in der Ukraine in den letzten Jahrzehnten verdient gemacht haben und dabei auch die unbequemen Fragen nach der Zusammenarbeit mit den Deutschen nicht ausgeblendet haben. Seit der Unabhängigkeit gibt es eine wachsende Zahl von Holocaust-Museen und Denkmälern für die jüdische Bevölkerung in der ganzen Ukraine. Denn bei aller berechtigen Kritik an der ukrainischen Erinnerungskultur darf man eines nicht vergessen: Erst seit der Unabhängigkeit und der demokratischen Konsolidierung kann das Leiden der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine überhaupt offen thematisiert werden und wird von staatlicher Seite offiziell anerkannt. In der Sowjetunion wurde der Holocaust dagegen in hohem Maße marginalisiert. Freilich gibt es auch hochproblematische Tendenzen etwa die „Dekommunisierungsgesetze" von Präsident Petro Poroschenko im Mai 2014. Eines davon besagte, dass man den Beitrag von OUN und UPA zur Unabhängigkeit würdigen muss. Diese staatlichen Vorgaben zur Geschichtsschreibung dürfen selbstverständlich nicht sein. Zugleich sieht man jetzt wie sehr sich ukrainische Nationsentwürfe seit dem Zweiten Weltkrieg gewandelt haben: Hätte man einem Juden in Ostgalizien in den 1930er Jahren gesagt, dass eines Tages ein Jude zum Anführer und Held der gesamten Ukraine werden würde, er hätte es wahrscheinlich nicht geglaubt.

Wir sehen momentan eine große Hilfsbereitschaft und Unterstützung in den übrigen europäischen Ländern, insbesondere auch im angrenzenden Polen. Dabei hat es in der Geschichte der polnisch-ukrainischen Beziehungen gerade im 20. Jahrhundert häufig ethnische und nationalistische Spannungen und Konflikte gegeben. Welche Auswirkungen hat der Krieg auf das Verhältnis der Ukrainer zu ihren Nachbarvölkern?
Die Geschichte der polnisch-ukrainischen Aussöhnung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre in der Tat ein Thema für ein ganzes Buch. Auch in Polen gab es ja lange einen imperialen Blick auf die Ukrainer:innen, sie galten als unterlegene Variante der eigenen Nation. Der polnisch-ukrainische Krieg nach dem Ersten Weltkrieg belastete die Beziehungen enorm. Der polnische Staat der Zwischenkriegszeit diskriminierte die ukrainische Bevölkerung, Ukrainer verübten ihrerseits Terroranschläge auf Regierungsvertreter. Grausamer Höhepunkt waren dann die ethnischen Säuberungen der polnischen Bevölkerung in Wolhynien und Teilen Ostgaliziens im Zweiten Weltkrieg, ausgeführt vor allem von der UPA, bei denen zwischen 70 000 und 100 000 polnische Zivilist:innen starben. Die Polnische Heimatarmee verübte ihrerseits entsetzliche Racheakte, bei denen mehr als 10 000 Ukrainer:innen getötet wurden. Die „Massaker von Wolhynien" sind bis heute der größte erinnerungskulturelle Konflikt zwischen der Ukraine und Polen. Zugleich kann man etwa ab den 1980er Jahren eine stetige Annäherung beobachten. In Lwiw z.B. entstanden in dieser Zeit Projekte, um die polnischen Erinnerungsorte der Stadt zu pflegen, und in der Untergrundpresse in Polen wurde eine Aussöhnung mit dem Nachbarn gefordert. Und seit die Ukraine sich zunehmend von Russland emanzipiert, sehen die Pol:innen im Nachbarland das eigene Schicksal wiederholt: Ein übermächtiger Nachbar versucht, die eigene Staatlichkeit zu zerstören. Das hat jetzt offenbar höhere Priorität als die Vergangenheit. Schon während der „Orangen Revolution" und dem Majdan 2013/14 war die Solidarität in Polen viel stärker

ausgeprägt als etwa in Deutschland. Das und die enorme Hilfsbereitschaft heute werden die Ukrainer:innen nicht vergessen, da bin ich mir sicher. Eine ähnliche Welle der Solidarität lässt sich bei praktisch allen anderen Nachbarn der Ukraine beobachten – mit Ausnahme von Belarus, wobei es hier der Diktator Lukaschenko ist, der den Krieg gegen die Ukraine unterstützt und nicht die Bevölkerung, die ihre Sympathien für die Ukraine auf Grund des staatlichen Terrors nur unter großer Gefahr äußern kann.

Dass der Krieg in der Ukraine lang bestandene sicherheitspolitische Konzepte in wenigen Tagen gestürzt hat, dürfte inzwischen außer Frage stehen. Wie auch immer sich der Krieg entwickeln wird: Welchen Einfluss wird er auf die osteuropäischen Staaten in der Zukunft haben? Werden für ihr Sicherheitsempfinden die bestehenden Verbindungen zur NATO und zur EU ausreichend sein? Und welche Verantwortung sehen Sie für Deutschland?

Was wohl vorbei sein wird, ist die herablassende Haltung gegenüber den Regierungen Ostmitteleuropas durch die westlichen EU-Staaten. Schließlich warnen Polen und die baltischen Staaten seit Jahren davor, dass eine reale Expansionsgefahr von Putins Russland ausgeht. Dass es Bomben auf Kyiv gebraucht hat, bis diese Erkenntnis sich mehrheitlich durchsetzt, ist sehr bitter. Die NATO und auch die Europäische Union werden vermutlich gestärkt werden, weil jetzt klar geworden ist, dass eben auch Wehrhaftigkeit zur Demokratie gehört – ein Zusammenhang, der gerade in Deutschland lange nicht gesehen wurde. Gegenüber der Ukraine gibt es sehr viel wiedergutzumachen. Der teilweise sehr Putin-freundliche Diskurs hierzulande ist wahrgenommen worden, die lange Verweigerung von Waffenlieferungen hat gerade im Angesicht der Tatsache, dass Deutschland die Ukraine im Zweiten Weltkrieg mit einer grausamen Vernichtungspolitik überzogen hat, viele entsetzt. Ein Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union muss jetzt das Ziel sein, auch wenn das eine große Herausforderung sein wird. Deutschland muss das und die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen unterstützen. Ein EU-Beitritt sollte dann auch einhergehen mit der Zusicherung militärischen Beistands. Die Waffenlieferungen der EU sind ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem muss Deutschland so schnell wie möglich den Import von russischem Gas stoppen. Bis dahin muss aber jetzt schon die Nord-Stream-1 Pipeline lahmgelegt werden. Das würde Russland zwingen, das Gas zumindest wieder über die Ukraine zu transportieren. Nur Sanktionen, die auch uns etwas kosten, werden der Ukraine helfen.

Grundsätzlich würde ich mir für Deutschland eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der bisherigen Russland-Politik und der Haltung gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas wünschen. Der deutsche Umgang mit Russland hat sich spätestens jetzt als schwerer Fehler erwiesen. Das betrifft natürlich die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen, aber auch insgesamt die bisher weit verbreitete Bereitschaft, bei Putins Verbrechen wegzuschauen und weiterhin mit seinem Regime Geld zu verdienen und Floskeln von „Dialog auf Augenhöhe“, „neuer Ostpolitik“ etc. zu wiederholen. Das betrifft freilich nicht nur Deutschland, sondern den gesamten „Westen“, der an Putins Ausbau eines von (Ex-)Geheimdienstlern getragenen Staatskapitalismus mitverdient hat. Die Rolle Großbritanniens ist hier besonders unrühmlich. Jahrzehntelang bot der Finanzstandort London russischen Oligarch:innen optimale Bedingungen für Geldwäsche und den Transfer ihres erbeuteten Eigentums auf europäische Konten. Die Geschichte Russlands

der vergangenen Jahrzehnte ist auch die Geschichte eines enthemmten globalen Finanzkapitalismus. Darüber muss gesprochen werden, nicht nur in Bezug auf Russland, sondern insgesamt in Hinblick auf den Umgang mit diktatorischen Regimen in der Welt. Gerade in Deutschland spielte in Bezug auf Russland aber auch eine verquere Romantisierung des Landes eine Rolle. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir langfristig das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens mit Russland weiter verfolgen – aber nicht auf dem Rücken der Ukrainer:innen.

Besonders in Deutschland hat mich erschreckt, wie selbstverständlich viele in Politik und Gesellschaft die Nationen Ostmitteleuropas als Verschiebemasse zwischen Russland und dem „Westen" angesehen haben. Das haben Vertreter:innen aller Parteien gemacht, mit Ausnahme der Grünen. Die Menschen in Ostmitteleuropa haben auch das Recht auf Selbstbestimmung und Sicherheit. Es ist geschichtsvergessen, wenn gerade die Linke diese Position zu großen Teilen mitträgt. Die vermeintlichen Anti-Imperialisten stellen sich damit in eine Tradition deutschen imperialen Denkens, dessen schlimmste Folgen sich im Zweiten Weltkrieg gezeigt haben. Die außenpolitische Linie Deutschlands gegenüber Russland in den letzten Jahren hat unglaublich viel Vertrauen in Ostmitteleuropa zerstört. Sich dieses Vertrauen wieder zu erarbeiten, ist eine Aufgabe für die Politik. Wenn jetzt immer noch Leute über die angebliche Bedrohung Russlands durch die NATO und die berechtigten „Sicherheitsinteressen" Moskaus reden, haben sie den Kern des Problems nicht verstanden. Wir wissen, dass Putin der Ukraine das Existenzrecht abspricht, ihre Staatlichkeit als historischen Fehler begreift und sie als Teil Russlands sieht. Er hat das mehrfach explizit geäußert. Die Geschichte hat gezeigt, dass man die Phantasmen von Diktatoren durchaus ernst nehmen sollte. Wie man im Angesicht eines imperial-chauvinistischen Angriffskrieges auf eine friedliche Demokratie davor immer noch die Augen verschließen kann, ist mir wirklich ein Rätsel.

Im Zuge des Krieges ist bereits mehrfach der Begriff Genozid gefallen. Zuerst von Putin, der im Vorfeld des Einmarschs von einem „Genozid" im Osten der Ukraine sprach und zuletzt durch den ukrainischen Präsidenten Selenskyj, der Russland u.a. im Zusammenhang mit den Angriffen auf zivile Einrichtungen einen „Genozid" vorwarf. Welche Bedeutung hat dieser Begriff in der Ukraine, insbesondere vor dem Hintergrund des Holodomor als Teil der ukrainischen Geschichte/Erinnerungskultur?

Der Genozid-Vorwurf Putins war unglaublich perfide. Zum einen entbehrte er selbstverständlich jeder Grundlage: Russischsprachige Ukrainer:innen genießen viel mehr Freiheiten und Rechte als die Menschen in Russland. Zum anderen missbrauchte Putin das tiefste Trauma der Ukrainer:innen in ihrer Geschichte, den von Ihnen angesprochenen Holodomor, die von Stalin herbeigeführte Hungersnot zu Beginn der 1930er Jahre u.a. in der Sowjetukraine, die etwa vier Millionen Menschen dort das Leben kostete. In der Geschichtswissenschaft ist umstritten, ob es sich hierbei um einen Genozid gehandelt hat, da es die Hungersnöte auch in anderen Teilen der Sowjetunion – u.a. in Kasachstan – gab und es unterschiedliche Ansichten dazu gibt, ob Stalin wirklich die systematische (Teil-)Auslöschung der ukrainischen Bevölkerung anstrebte. Völlig klar ist aber, dass es ihm darum ging, die ukrainische Nation zu brechen, deswegen gab es in dieser Zeit auch massenhaften Terror gegen ukrainische Eliten, die als „Nationalisten" dämonisiert wurden. Für den heutigen Zusammenhang sind diese akademischen Diskussionen aber

letztlich irrelevant, entscheidend ist, dass im ukrainischen Diskurs „Holodomor“ und „Genozid“ untrennbar miteinander verbunden sind. Putin warf den Ukrainer:innen also ausgerechnet ein Verbrechen vor, dessen Opfer sie in der Vergangenheit selbst geworden waren und dessen Täter damals in Moskau saßen.

Aber Putins Genozid-Vorwurf richtete sich auch an das heimische Publikum. In den letzten Jahren wurde in Russland versucht, die deutsche NS-Besatzungspolitik gegenüber der slawischen Bevölkerung unter dem Begriff „Genozid“ zu fassen. Also versuchte Putin offenbar, den Angriff auf die Ukraine als Fortsetzung des antifaschistischen Kampfes der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zu legitimieren, deswegen auch die Lüge der „Denazifizierung“. Was die Genozid-Vorwürfe von Selenskyj angeht: ich kann diese im Angesicht der russischen Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung absolut nachvollziehen und halte es auch unter den jetzigen Umständen nicht für angemessen, Ukrainer:innen, die das jetzt aus gutem Grund so empfinden, das ausreden zu wollen. Es ist ihr Erleben und das gilt es erst einmal zu respektieren. Aus wissenschaftlicher Perspektive fällt mir die Antwort schwer. Es geht in jedem Fall um die Vernichtung ukrainischer Staatlichkeit und mindestens um die maximale Unterordnung einer gebrochenen ukrainischen Nation unter Moskau. Das schließt Terror gegen ukrainische Eliten und die Ermordung von Zivilist:innen ein. Aber die komplette Auslöschung aller Ukrainer:innen wie sie etwa Hitler in Bezug auf das europäische Judentum anstrebte, sehe ich derzeit nicht. Aber man kann nicht ausschließen, dass es zu genozidalen Massenerschießungen kommt, wie wir sie während des Bosnienkrieges in Srebrenica erlebt haben. Das Gewaltpotenzial dafür hätte Putin. Wenn man jetzt Berichte liest über zerstörte Dörfer, in denen russische Soldaten ukrainische Zivilist:innen auf offener Straße erschießen – das erinnert schon stark an das deutsche Besatzungsregime im östlichen Europa während des Zweiten Weltkrieges.

Mit der Orangen Revolution 2004 und dem Euromajdan 2013/14 gab es in der Ukraine in jüngster Vergangenheit zwei Ereignisse, bei denen durch Proteste der Bevölkerung letztendlich eine Stärkung der demokratischen Strukturen herbeigeführt wurde – direkt an der Grenze zum autoritären russischen Regierungssystem. Welche Rolle spielt die politische Entwicklung der Ukraine für Putins Entschluss zur Invasion?

Das halte ich für ganz zentral. Oft hört man, dass der NATO-Gipfel von 2008 entscheidend gewesen sei für Putins Ukraine-Obsession. Tatsächlich ist die Orange Revolution von 2004 sein ukrainisches Trauma. Zum einen, weil hier durch Massenproteste eine gefälschte Wahl annulliert werden musste und sich die demokratische Konsolidierung der Ukraine zeigte, zum anderen, weil mit Viktor Juschtschenko zum ersten Mal ein Kandidat erfolgreich war, der ganz eindeutig die Emanzipation von Moskau anstrebte. Beides ist für Putin inakzeptabel: Die Ukraine darf weder wirklich demokratisch noch selbstständig sein. Der Majdan 2013/14 verstärkte seine Angst noch, weil diesmal mit Viktor Janukowitsch ein Präsident gestürzt wurde, der viele Ähnlichkeiten zu Putin selbst aufwies: Ein Kleptokrat und ein Machthaber, der durch Repressionen regierte. Der Widerstand der eigenen Bevölkerung – das ist Putins Urangst. Er fürchtete wohl, dass die Menschen in Russland sich an den Ukrainer:innen ein Beispiel nehmen könnten, deswegen auch diese extreme Anti-Majdan und Anti-Ukraine Propaganda in den russischen Staatsmedien seit 2013/14. Der Angriff auf die Krim und den Donbas war der Versuch, die Ukraine dauerhaft

zu destabilisieren und sich stets ein Einfallstor bereit zu halten, um die Situation bei Bedarf zu eskalieren. Gerade bei der Krim kam aber noch ein weiterer Faktor hinzu: Putin war für seine Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt nicht sonderlich beliebt, er wollte mit der vermeintlichen „Wiedervereinigung" der Krim mit Russland auch die eigene Position stärken. Damit war er zumindest mittelfristig auch erfolgreich. Selbst viel Liberale stimmten in den patriotischen Chor ein: „Krim nasch!" (Die Krim gehört uns). Auch das übrigens ein erprobtes Muster: Den Zweiten Tschetschenienkrieg (1999–2009) begann Putin, um sich als entschiedener Kämpfer gegen „Terroristen" zu inszenieren. Vieles spricht dafür, dass die Attentate auf Moskauer Wohnhäuser, die mehrere hundert Menschen das Leben kosteten und als Vorwand für den Krieg dienten, vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB inszeniert wurden. Vielleicht hat er gedacht, der zweite Angriff gegen die Ukraine würde ihn abermals stabilisieren, aber da hat er sich verschätzt. Außerdem kann man sehen, wie er sich immer mehr in seine Vorstellungen eines imperialen Großrusslands hineingesteigert hat, zuletzt in seinem Aufsatz über die „Historische Einheit von Russen und Ukrainern" im Sommer des vergangenen Jahres.

Ein „imperial overstretch" – also eine Überforderung der materiellen und personellen Ressourcen – wurde Putins Russland in den vergangenen Jahren schon häufiger prophezeit. Hat der Krieg eine letzte Phase des Abstiegs eingeläutet oder ist er nur ein weiterer Schritt auf Putins historischer Mission, die ehemaligen Sowjetrepubliken wieder unter der Führung Moskaus zu vereinen?

Ich vermute eher, dass es der Beginn von Putins Abstieg ist – der aber kann sich natürlich lange hinziehen. Langfristig denke und hoffe ich, wird die Ukraine gewinnen, moralisch hat sie es schon längst. Die Frage ist aber, wie viele Menschen sterben werden, wie viele Städte zerstört werden und wieviel Zeit vergehen wird, bis die Ukraine siegt. An diesem Punkt ist natürlich nichts mehr auszuschließen, aber einen Angriff auf das Baltikum oder Polen halte ich trotzdem für eher unwahrscheinlich. Nicht nur, weil es den NATO-Bündnisfall auslösen würde, sondern auch, weil Putins imperiale Obsessionen sich bisher auf die Ukraine fokussieren. Klar gibt es Propagandist:innen in den russischen Staatsmedien, die über einen Angriff auf NATO-Staaten phantasieren, aber entscheidend ist letztlich Putin. Was den Widerstand der russischen Bevölkerung angeht, da bin ich leider eher skeptisch. Es gibt diese sehr, sehr mutigen Menschen, die gegen das Regime und den Krieg protestieren und auch die nationalistische Euphorie, die die Eroberung der Krim ausgelöst hat, bleibt aus. Aber Putin hat in den letzten Jahrzehnten die russische Zivilgesellschaft eben systematisch zerstört, in den letzten Tagen dann die letzten freien Medien ausgeschaltet. Und Teile der Gesellschaft tragen diesen Krieg mit. Trotzdem können Massenproteste eine ganz eigene Dynamik entwickeln, wenn sich genug Menschen anstecken lassen. Es müssen so viele sein, dass der Staat sie schlicht nicht mehr alle einsperren lassen kann. Das oder ein Palast-Coup könnte Putin stürzen. Wie groß die Chance für letzteres ist, vermag ich nicht zu sagen. Eine langfristige Besatzung der Ukraine durch Russland wird nicht funktionieren, der Widerstand ist einfach viel zu groß und man darf nicht vergessen, dass Besatzer und Besetzte miteinander kommunizieren können. Die Ressourcen, die man für eine solche Besatzung bräuchte, stehen Putin nicht zur Verfügung.

Auch wenn es angesichts der noch laufenden Ereignisse sehr spekulativ ist: Wäre im Hinblick auf die Realität der politischen Nachkriegsordnung eine wie auch immer geartete Teilung des Landes eine mögliche Option?

Es ist keine Option, die wir akzeptieren dürfen. Wenn ich jetzt aus Deutschland Vorschläge höre, dass es dann eben ein pro-russisches Regime zumindest in Teilen der Ukraine geben soll, immerhin sei der Krieg dann vorbei, werde ich aus zwei Gründen wütend: Erstens wird damit suggeriert, dass dann das Sterben vorbei ist, das wird aber nicht der Fall sein. Die historische Forschung hat gezeigt, dass Besatzungsregime in aller Regel Gewalt ausüben und es ist kein russisches Besatzungsregime vorstellbar, in dem das nicht auch geschieht. Die Invasion wurde begleitet und vorbereitet von einer schrillen, hasserfüllten Propaganda gegen Ukrainer:innen, sie seien „Faschisten“ und „Banditen“. In einer besetzen Ukraine werden Putin und seine Handlanger entscheiden, wer „Faschist“ ist. Diese Menschen werden eingesperrt werden, verschwinden oder werden getötet. Das Gesundheitssystem und die Lebensmittelversorgung brechen bereits zusammen und das wird weitere Menschenleben kosten. Der zu erwartende Widerstand der Ukrainer:innen wird für die russische Besatzung der Vorwand sein, um ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung fortzusetzen. Berichte über Listen mit Politiker:innen, Künstler:innen, ethnischen Minderheiten und LGBTQI-Aktivist:innen, die verfolgt werden sollen, halte ich für absolut glaubhaft. Das folgt dem *playbook*, das bereits im Donbas und auf der Krim eingesetzt wurde. In den derzeit besetzten Städten Melitopol und Mariupol geht es auch schon los. Es geht Putin um die Zerstörung des Rückgrats der ukrainischen Nation. Wenn es ihm um die NATO ginge, wäre der Krieg schon vorbei. Für den „Westen“ wäre ein Besatzungsregime natürlich bequemer, dann werden wir nicht mehr mit Bildern von zerbombten Häusern belästigt und können genauso wegsehen wie wir es bereits auf der Krim getan haben. Wer hat sich denn hier noch für die verschwundenen und ermordeten Krimtatar:innen interessiert? Zweitens sind solche Vorschläge realitätsfremd und deswegen wundert es mich nicht, dass diese vor allem von Personen kommen, die sich weder mit der Ukraine noch mit Russland auskennen. Die Ukrainer:innen werden das nicht akzeptieren, sie werden massiv dagegen kämpfen und oberste Priorität muss jetzt sein, sie bei diesem Kampf zu unterstützen – militärisch, finanziell, durch Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten – und nicht vom sicheren Deutschland aus über Teilungspläne zu spekulieren. Wir müssen ihre Verhandlungsposition stärken und das können wir nur, wenn unser Bekenntnis zu einer freien Ukraine ganz eindeutig ist. Nur wenn Putin merkt, dass er militärisch einfach nicht weiterkommt, wird er sich auf Verhandlungen einlassen und dann ist es an der Ukraine zu entscheiden, was sie akzeptiert. Es kann sein, dass die Regierung die russische Herrschaft über die Krim anerkennt sowie die Unabhängigkeit der Pseudo-Volksrepubliken und eine NATO-Mitgliedschaft ausschließt. Ob das dauerhaft so bleibt, wird man dann sehen. Aber es bedeutet nicht, dass der „Westen“ das dann auch machen muss. Hier sollten wir ein langes Gedächtnis haben und die Krim und den Donbas weiter als Teil des ukrainischen Staatsterritoriums anerkennen und Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten. Tatsächlich habe ich in den letzten Tagen gedacht, dass eine Re-Ukrainisierung der Krim mittelfristig vielleicht sogar wahrscheinlicher geworden ist. Wenn Putin tatsächlich stürzen sollte, ist nicht ausgeschlossen, dass Desintegrationsprozesse in Russland einsetzen. In Tschetschenien gibt es de facto bereits einen Staat im Staate und dessen Herrscher, Ramsan Kadyrow, ist Putin und nicht

Russland gegenüber loyal. Aus der Geschichte wissen wir, dass beim Zusammenbruch politischer Ordnungen neue Formationen entstehen können, die vorher unwahrscheinlich erschienen. Unabhängigkeitsbewegungen in Tatarstan oder Baschkirien könnten erstarken, Russland könnte ins Chaos stürzen. Und dann ist eine Wiedereingliederung der Krim in eine demokratische Ukraine für die Bevölkerung dort vielleicht plötzlich gar keine so schlechte Option mehr. Die Versöhnung mit der restlichen Ukraine wird dann allerdings eine große Herausforderung sein.

Zitierempfehlung

Jannes Bergmann/Paul Fröhlich, Interview mit Dr. Franziska Davies. II. Teil: Krieg in der Ukraine – Historische Vorbedingungen, in: Themenschwerpunkt „Krieg in der Ukraine. Militär- und gewaltgeschichtliche Hintergründe“, hg. von Jannes Bergmann/Paul Fröhlich/Gundula Gahlen, Portal Militärgeschichte, 18. März 2022, URL: https://portal-militaergeschichte.de/bergmann_froehlich_interview_davies (Bitte fügen Sie in Klammern das Datum des letzten Aufrufs dieser Seite hinzu).